



HESSISCHER LANDTAG

02. 12. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kultusminister ohne Plan und Konzept für die Weiterentwicklung der Hessischen Bildungspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt mit Bedauern fest, dass die Bildungspolitik der schwarz-roten Landesregierung bisher keinerlei Plan für eine substanziale und strukturelle Weiterentwicklung des hessischen Schulwesens erkennen lässt. In den vergangenen zwei Jahren wurden keinerlei richtungsweisenden Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität, zur Verbesserung der Lehrkräfteversorgung oder zur Entlastung der Schulen, bspw. durch einen Ausbau multiprofessioneller Teams, auf den Weg gebracht. Dabei sind die Herausforderungen größer denn je – und wachsen weiter an. Nach der Gruppen-Überlastungsanzeige von 41 Wiesbadener Grundschulen vor den Sommerferien haben jüngst 1.100 Lehrkräfte aus Darmstadt und Umgebung eine Resolution an das Kultusministerium gerichtet, in der sie über dieselben strukturellen Probleme, bspw. bei der erheblichen Unterversorgung mit voll ausgebildeten Lehrkräften, berichten. Der jüngst veröffentlichte IQB-Bildungstrend zeigt einen dramatischen Kompetenzrückgang der 9.-Klässlerinnen und -Klässlern in Deutschland – dabei liegen die Leistungen der hessischen Schülerinnen und Schüler nochmal deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Doch eine Reaktion des hessischen Kultusministers, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung diesen Entwicklungen begegnen möchte, ist bisher nicht erfolgt.
2. Der Landtag kritisiert, dass sich der hessische Kultusminister anstatt dessen vor allem mit Kulturkampfthemen wie den Bundesjugendspielen an Grundschulen beschäftigt oder mit Schaufensterprojekten wie dem Blockflötenprojekt für 20 Grundschulen und einem für alle Schülerinnen und Schüler angekündigten und dann doch auf eine Homepage und eine Promo-Tour für den Minister zusammengedampften ‚Werteunterricht‘ von der Untätigkeit und Ambitionslosigkeit der schwarz-roten Bildungspolitik abzulenken versucht. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich nicht weiter vor der Verantwortung für die Situation an Hessens Schulen zu drücken und endlich strukturelle Verbesserungen auf den Weg zu bringen.
3. Der Landtag stellt fest, dass es einen massiven Lehrkräftemangel in Hessen gibt. Anstatt nach Wegen zu suchen, wie dieser abgemildert werden könnte, setzt der Schwarzrote Hochschulpakt den Rotstift an, dem auch Studienplätze für dringend gebrauchte Lehrkräfte zum Opfer fallen. Gleichzeitig plant das Kultusministerium Kürzungen im Bereich der Lehrkräfteakademie und es stehen Kürzungen in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung, bspw. eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes, zur Diskussion. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen und stattdessen nun auf die Universitäten und Hochschulen zuzugehen, um eine Streichung von Studienplatzkapazitäten in Lehramtsstudiengängen zu verhindern. Denn die drohende Einstellung der Lehramtsstudiengänge in Darmstadt trotz massivem Lehrkräftemangel ist nur ein Symptom für die dramatische Lage im hessischen Hochschulsystem. Um den Lehrkräftemangel zu begrenzen, benötigt es ferner weiterer Qualifizierungswege, wie zum Beispiel Quereinstiegs-master oder duale Lehramtsstudiengänge.
4. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung immer noch nicht bereit ist, beim Unterrichtsausfall und Lehrkräftemangel genau hinzusehen. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, an allen Schulen eine moderne Software für digitale Stunden- und Vertretungsplanung einzuführen, über deren Schnittstelle der Unterrichtsausfall, Vertretungen bzw. die Anzahl der im Unterricht tätigen Lehrkräfte jederzeit ermittelt werden kann.

5. Der Landtag fordert darüber hinaus, endlich alle Lehrkräfte sowie alle Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse mit digitalen Arbeitsgeräten auszustatten. Diese muss flankiert werden mit einem deutlichen Aufwuchs im Bereich der Medienbildung für einen bewussten Umgang mit digitalen Informationen und Medien. Gerade im Zeitalter der KI ist es nicht nachvollziehbar, dass Hessen die Schulen im Bereich der Digitalisierung weitgehend sich selbst überlässt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Dezember 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)